

Stand: 08.02.2026 12:00:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6433

"Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemarkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6433 vom 06.05.2015
2. Beschluss des Plenums 17/6508 vom 07.05.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 44 vom 07.05.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Büssinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Klaus Adelt, Isabell Zarcharias und Fraktion (SPD)**

Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemarkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Staatsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung der regionalen und lokalen Informations- und Medienvielfalt in Bayern in den Verhandlungen zum nächst erreichbaren Rundfunkänderungsstaatsvertrag einer unter 16 Ländern einvernehmlich vorbereiteten Regelung zuzustimmen, die dafür sorgt,

- dass redaktionelles Programm und Werbung als untrennbare Einheit aufzufassen sind und an Berichts- und Verbreitungsgebiet eines Mediums gekoppelt werden: national, regional und lokal,
- dass die Verbreitung regionaler Werbung durch nationale Fernsehveranstalter grundsätzlich als rundfunkrechtlich unzulässig unterbunden wird.

Begründung:

Die deutschen Zeitungsverleger befürchten pro Jahr bundesweit Einnahmeverluste von bis zu 280 Mio. Euro – mit zwangsläufigen Auswirkungen auf viele Arbeitsplätze und auf die Wirtschaftlichkeit und Qualität ihrer Blätter. Grund für diese Einschätzung des Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), Helmut Heinen (promedia – Das medienpolitische Magazin, Weimar, Ausgabe Mai 2015), ist der überraschende Einspruch des Bayerischen Ministerpräsidenten im März 2015 gegen eine von den Rundfunkreferenten der Länder bis zuletzt im Konsens erarbeitete Änderung des Rundfunkstaatsvertrags. Mit dieser Änderung hätte verhindert werden sollen, dass nationale TV-Konzerne in verschiedenen Regionen unterschiedliche Werbespots jeweils regionaler Werbekunden verbreiten dürfen und damit den

lokalen Medien den angestammten Werbemarkt abgraben.

Die Folgen für die Medienlandschaft gerade in Bayern sind bedenklich. Mit viel Energie drängen nationale TV-Veranstalter, voran der Medienkonzern ProSieben/Sat1 seit Jahresbeginn in die regionalen Werbemarkte. Die Werbebudgets werden bereits jetzt neu verteilt. Gelder, die einmal aus den traditionellen regionalen Werbemarkten abgeflossen sind, sind unwiederbringlich.

Bereits 2012 hat eine Studie der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien belegt, dass die Um- schichtung der Werbebudgets in Bayern vor allem auf Kosten der Zeitungen geht, die ohnehin gegen sinkende Auflagen und schwindende Insertionserlöse kämpfen, die aber nach wie vor in unserem Land die redaktionelle Infrastruktur vorhalten für eine zuverlässige und kontinuierliche Berichterstattung über ihre Heimatregionen und -städte, für journalistische Qualität und publizistische Vielfalt. Lokaljournalismus ist eine wichtige Voraussetzung für politische Meinungsbildung und Teilhabe in der demokratischen Gesellschaft vor Ort.

Im Interesse der Zeitungsleser, Zuhörer und Zuschauer an vielfältiger Berichterstattung war Grundkonsens in der bayerischen Medienpolitik, dass regionale Medien die Möglichkeit haben müssen, sich aus regionalen Werbemarkten zu refinanzieren. Seit Jahrzehnten herrscht auch weitgehend Konsens im Landtag, die Lokal-TV-Landschaft mit Transferleistungen notfalls aus dem Staatshaushalt zu stützen, weil die lokalen Märkte die Sender allein nicht tragen. Ausgerechnet diese Werbemarkte nun Großkonzernen zu öffnen, die keinen publizistischen Mehrwert für die Menschen vor Ort liefern und keinen Beitrag zur regionalen Berichterstattungsvielfalt leisten, würde diesen Grundkonsens aufkündigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat bereits 1986 den Gesetzgeber für den Fall, dass die Werbefinanzierung des privaten Rundfunks der Presse existenzielle Finanzierungsquellen zu entziehen droht, in der Pflicht gesehen, Vorrang für den Erhalt regionaler Medienvielfalt zu treffen. Deshalb ist die in der Rundfunkkommission der Länder vorbereitete Regelung zur Unterbindung regionalen Werbesplittings bei nationalen Sendern unerlässlich und sie ist unverzüglich im Rundfunkstaatsvertrag zu fixieren.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Helga Schmitt-Büssinger, Dr. Simone Strohmayer, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Klaus Adeit, Isabell Zacharias** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/6433

Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemarkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Martina Fehlner

Abg. Ulrike Gote

Abg. Markus Blume

Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Jürgen Baumgärtner

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zunächst rufe ich zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion (SPD)

Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemarkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben (Drs. 17/6433)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Regionalen Medien nicht die Finanzierungsgrundlage entziehen (Drs. 17/6450)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion (CSU)

Regionale Werbemarkte: Medienvielfalt erhalten, neue Chancen nutzen - für eine Lösung im Konsens (Drs. 17/6451)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte die Kollegin Fehlner ans Rednerpult.

(Isabell Zacharias (SPD): Martina, ich bin bei dir!)

Martina Fehlner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist wichtig, die regionale Medienvielfalt in Bayern zu sichern. Hier aber besteht unserer Ansicht nach dringender Handlungsbedarf. Deshalb haben wir einen Dringlichkeitsantrag eingebracht mit dem Ziel, dass regionale Werbemarkte für nationale TV-Konzerne tabu bleiben. Halten wir fest: Die privaten Hörfunk- und Fernsehanbieter und die Zeitungen in Bayern leisten einen ganz

maßgeblichen Beitrag zur regionalen Medienvielfalt und zu regionaler Information und Unterhaltung ihrer Hörer, Leser und Zuschauer.

Uns hat daher schon merkwürdig berührt, dass sich der Bayerische Ministerpräsident völlig überraschend dem Votum aller anderen 15 Länder nicht angeschlossen hat, den Rundfunkstaatsvertrag zu ändern und Regelungen zu schaffen, um die regionale Werbung nationaler TV-Anbieter als unzulässig zu unterbinden. Wir brauchen jedoch im Rundfunkstaatsvertrag Regelungen, die die Forderungen erfüllen, dass regionale Werbung regionalen Programmen vorbehalten bleibt und dass die technischen Möglichkeiten nationaler Rundfunkanbieter, Fernsehwerbung und Hörfunkwerbung zu regionalisieren, nicht dazu genutzt werden dürfen, um regionalen und lokalen Medien den Werbemarkt abzugraben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sollten hier nicht wankelmüdig werden. Wir dachten eigentlich, dass im Hinblick auf die Zeitungsleser, die Fernsehzuschauer und die Radiohörer und deren Interesse an vielfältiger Berichterstattung hier im Hause der Grundkonsens bestand, dass regionale Medien die Chance haben müssen, sich aus regionalen Werbemarkten zu refinanzieren. Wer lokale Werbung will, muss auch lokale Berichterstattung liefern. Daran hat sich nichts geändert.

Die deutschen Zeitungsverleger befürchten Einnahmeverluste von bis zu 280 Millionen Euro pro Jahr. Das ist bedenklich und hat natürlich Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, auf die Qualität der Ausbildung, auf die Informationsvielfalt und somit auch auf die Qualität der Zeitungen insgesamt. Grund für diese Einschätzung des Präsidenten des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Helmut Heinen, ist auch der für uns überraschende und nicht nachvollziehbare Einspruch des Bayerischen Ministerpräsidenten gegen eine im Konsens erarbeitete Änderung des Rundfunkstaatsvertrags.

Die Folgen für die Medienlandschaft in Bayern sind absehbar. Mit viel Energie drängen nationale TV-Anbieter wie der Medienkonzern ProSiebenSat.1 seit Jahresbeginn

in die regionalen Werbemarkte. Die Werbebudgets werden bereits jetzt neu verteilt, und Gelder, die einmal aus den traditionellen Werbemarkten abgeflossen sind, sind für die Zeitungsverleger unwiederbringlich verloren. Eine Studie der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien – BLM – hat bereits vor drei Jahren gezeigt, dass die Um- schichtung von Werbebudgets in Bayern vor allem zulasten der Zeitungen geht, die ohnehin gegen sinkende Auflagen und schwindende Anzeigenerlöse zu kämpfen haben.

Gerade sie sind es aber, die aus unseren Heimatregionen berichten und informieren. Sie sichern so die wichtige publizistische Vielfalt und natürlich auch die Meinungsvielfalt. Wir brauchen einen unabhängigen Qualitätsjournalismus, gerade auch im lokalen und regionalen Bereich.

Unverständlich ist, dass der Bayerische Ministerpräsident als Einziger gegen eine von allen anderen Ministerpräsidenten vorgeschlagene Änderung des Rundfunkstaatsvertrags gestimmt hat. Er hat damals darauf hingewiesen, dass er noch entsprechende Gespräche führen wolle. Für uns wäre es schon interessant zu wissen, welche Gespräche geführt wurden und welche neuen Erkenntnisse sie gebracht haben. Das würden wir gerne erfahren. Wir sind immer von einer gemeinsamen Lösung ausgegangen; der Ministerpräsident will sie aber augenscheinlich nicht.

Unsere Haltung bleibt unverändert. Wir wollen, dass im Rundfunkstaatsvertrag fixiert wird, dass regionalisierte Werbung für die nationalen TV-Anbieter nicht zugelassen wird. Deshalb unser Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Ich bitte nun die Kollegin Gote zum Rednerpult.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir gehen jetzt eigentlich in die zweite Runde der Debatte zu diesem Thema. Wir haben vor wenigen

Wochen einen Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER diskutiert, der inhaltlich dasselbe zum Thema hatte, aber versuchte, auf einem anderen Weg zu demselben Ziel zu kommen, nämlich über das Bayerische Mediengesetz. Wir haben gesehen, dass die Bereitschaft auf der CSU-Seite nicht sehr groß ist, dem zu folgen. Die SPD hat auch einen Antrag, der im Wesentlichen mit dem wortgleich ist, was wir jetzt als Dringlichkeitsantrag haben, im Landtag eingereicht. Dasselbe haben wir getan.

Wir sind der Meinung, dass wir eine regionalisierte Werbung für nationale TV-Anbieter auf jeden Fall verhindern müssen. Meine Vorrednerin hat das schon sehr gut dargelegt, und ich möchte nicht alles wiederholen. Ich möchte aber daran erinnern, dass es hier nicht um irgendeine komplizierte Fachdiskussion geht, die nur Spezialisten etwas angeht. Es geht im Wesentlichen um die Frage, welche lokalen Medien wir in Zukunft noch bei uns vor Ort – ich meine: bei uns in der Region – haben. Es geht um die Zukunft der regionalen und lokalen Medien, in diesem Fall sowohl der Radio- und TV-Anbieter als auch der Printmedien. Es geht letztendlich um unsere Zeitungen, die wir jeden Morgen haben. Es geht um unser Radio, das wir morgens einschalten. Es geht um "TV Oberfranken" und alle anderen regionalen Sender, die wir brauchen, um die regionale Berichterstattung zu gewährleisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie wissen, dass wir GRÜNE immer für eine sehr strikte Trennung zwischen öffentlich-rechtlich finanzierten und privaten Anbietern waren. Wir waren auch immer dagegen, dass private Medien aus Steuermitteln finanziert werden, gerade weil es sinnvoll ist, dass sich diese Medien aus Werbeeinnahmen finanzieren können. Wenn wir große nationale Anbieter auf dem regionalen Werbemarkt zulassen und diesen damit zerstören, dann funktioniert letztlich unser duales System nicht mehr. Dieser Entwicklung müssen wir entgegentreten. Das versuchen wir mit den beiden Dringlichkeitsanträgen, die uns heute vorliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Ziel ist es, Schaden vom Medienstandort Bayern abzuwenden. Wir wollen auch nicht, dass die Monopolisierung vorangetrieben wird. Schon heute gehören in Oberfranken fast alle Radiosender einem Anbieter, das heißt, dort gibt es keine Vielfalt mehr. Wenn wir eine weitere Einschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten regionaler und lokaler Sender zulassen, werden wir, was die Medienvielfalt angeht, ein Desaster erleben.

Dass die CSU sehenden Auges in diese Richtung läuft, hat nur einen einzigen Grund – darauf habe ich schon in der vergangenen Debatte zu diesem Thema hingewiesen –: Sie von der CSU gehen dem Lobbyisten Stoiber, den ProSieben genau zu diesem Zweck eingestellt hat, auf den Leim.

Die Diskussion über das Problem läuft schon seit zwei Jahren. Bisher waren alle zuständigen Gremien, zum Beispiel der Medienrat, aber auch der Landtag der Überzeugung, dass der beschriebenen Entwicklung ein Riegel vorgeschoben werden muss. Sie von der CSU fallen nun gemeinsam mit Ihrem Ministerpräsidenten um und vollziehen den Kniefall vor ProSieben und seinem Lobbyisten Stoiber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Folge wird ein großer Strukturwandel im Medienmarkt sein. Mir ist vor allen Dingen um die Zeitungen bange. In der vergangenen Woche war ich zu Gast bei den Zeitungsverlegern in Nürnberg, die dort ihre Jahrestagung abgehalten haben. Das ist ein Termin, bei dem man normalerweise viele Kolleginnen und Kollegen von der CSU trifft. Erstaunlich war, dass an diesem Abend kein einziger CSU-Abgeordneter anwesend war. Ich kann Ihnen sagen, dass die Verleger und Verlegerinnen sehr sauer über die Art und Weise waren, in der die Staatsregierung bei der Ministerpräsidentenkonferenz im März 2015 eine gute Lösung blockiert hat. Alle anderen Bundesländer trugen einen Vorschlag mit, um der regionalisierten Werbung für nationale TV-Anbieter einen Riegel vorzuschieben. Nur Seehofer hat die Einigung blockiert. Angesichts dessen

kann ich nur fragen: Sind denn alle anderen Bundesländer dümmer als Bayern? Liegen alle anderen falsch, und nur der Ministerpräsident liegt richtig?

Wir sollten genau darauf schauen, wer den größten Nutzen von regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen hat und wer die Kosten der Blockade durch den Ministerpräsidenten trägt. Die Kosten tragen am Ende die Bürgerinnen und Bürger. Ergebnis wird jedenfalls eine schlechtere regionale bzw. lokale Berichterstattung sein. Die Konsequenzen werden Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, den Bürgern erklären müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Antrag, den Sie von der CSU-Fraktion vorgelegt haben, zeigt nur, dass Sie trotz der Gespräche, die noch in der vergangenen Woche geführt wurden, nichts dazugelernt haben. Die "konsensuale" Lösung, von der in Ihrem Antrag die Rede ist, kann nur bedeuten: Wir nehmen den Kleinen etwas weg und geben es den Großen. – Wir werden uns nicht nur hier im Landtag dagegenstemmen, sondern werden auch in der Öffentlichkeit deutlich sagen, wer für diese Entwicklung letztlich die Verantwortung trägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Blume.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Gote, mit Ihrer Drohung haben Sie uns richtig Angst gemacht. Ich will es einmal so formulieren: Sie sollten nicht von sich auf andere schließen, was das Verhältnis zu Lobbyisten angeht und die Frage, wonach eine Partei ihre inhaltlichen Positionen ausrichtet.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Ein Beispiel?)

Zu dem Thema der regionalisierten Werbung gibt es erkennbar Diskussionsbedarf. Wir haben darüber schon in der letzten Plenarsitzung im April gesprochen. Seitdem hat sich nichts verändert, außer dass Sie gemerkt haben, dass der Gesetzentwurf, der auf den Weg gebracht worden war, nicht als Instrument taugt.

Als ich zum ersten Mal von dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts hörte, war mein erster Reflex – ich bin ganz ehrlich –: Eigentlich müsste diese regionalisierte Werbung verboten werden.

Ist die Lösung aber so einfach? Frau Kollegin Gote, Sie haben das in Ihrer Rede angedeutet. Ich sage Ihnen: Wir sollten auch an dieser Stelle die Welt nicht einfacher machen, als sie tatsächlich ist. Wir müssen uns zunächst die Frage stellen, welche Wirkung ein solches Verbot hätte und ob es auch einer verfassungsgerichtlichen Prüfung standhielte. Ich habe Signale gehört, dass diese Prüfung auf jeden Fall veranlasst würde. Aber diese Frage können wir vielleicht sogar hintanstellen.

Entscheidend ist doch, ob das Verbot uns dem Ziel, das Sie formuliert haben, näherbrächte. Ich möchte zu bedenken geben, dass es auch andere Akteure gibt, die regionalisierte Werbung betreiben, über die wir aber in diesem Zusammenhang nicht reden. Wenn ich es richtig sehe, gibt es auch bei der ARD ein Fenster mit regionalisierter Werbung, das heißt, die Werbung wird auseinandergeschaltet. Wenn es Ihnen tatsächlich um das Verbot regionalisierter Werbung in bundesweit ausgestrahlten Programmen geht, dann müssen Sie andere Instrumente vorschlagen.

Selbst dieses Argument könnte man vielleicht noch als nachrangig bezeichnen. Wir müssen uns nämlich darüber im Klaren sein – insoweit knüpfe ich an die Debatte zur Regierungserklärung heute Vormittag an –, wer in Zukunft den größten Teil des Werbekuchens in Deutschland, in Europa und weltweit abgreifen wird. Es werden Unternehmen wie Facebook und Google sein. Laut Prognose werden beide Unternehmen im Jahr 2016 zusammen 200 Milliarden US-Dollar mit Werbung verdienen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Anbieter halten sich nicht an Regularien, die vorsehen,

dass ihre Werbung nur auf nationaler Ebene erfolgen dürfe. Diese Werbung erfolgt vielmehr regional und mittlerweile sogar personalisiert. Die Unternehmen haben schon spezielle Kampagnen gestartet.

Bei ehrlicher, nüchterner Betrachtung kommen wir zu dem Ergebnis: Wir haben eine Online-Welt, in der die Werbebudgets neu verteilt werden. Es sind keine neuen Budgets, sondern die bestehenden Budgets werden angegriffen. Daneben gibt es noch die in höchstem Maße regulierte alte Medienwelt. Sie von den GRÜNEN versuchen nun, die Regulierungslatte für den letztgenannten Bereich noch höher zu legen.

Im Lichte dieser Erkenntnisse komme ich zu dem Ergebnis, dass es viel zu einfach wäre, das Verbot dieser Werbung zu fordern und ein auf alle Zeiten sicheres Reservat zu schaffen. Das wäre ein untauglicher Versuch, da wir die Gesamtentwicklung in den Blick nehmen müssen. An dieser Stelle verbietet sich schon angesichts der Bedeutung der wichtigen Rechtsgüter Pressefreiheit und Rundfunkfreiheit eine einseitige Parteinaahme. Ich sage das in Äquidistanz sowohl zu nationalen als auch zu regionalen und lokalen TV-Anbietern.

Frau Kollegin Gote, Sie haben behauptet, es gehe Ihnen darum, Schaden vom Medienstandort Bayern abzuwenden. Dazu sage ich ganz vorsichtig: Der Medienstandort Bayern besteht aus mehr als nur aus der regionalen und lokalen Medien- und Presselandschaft. Wir sind stolz auf deren Vielfalt. Sie ist uns allen hier im Hohen Haus lieb und teuer. Wenn Sie von den GRÜNEN sagen, der Medienstandort bestehe nur aus diesen Unternehmen, wäre das aber sicherlich nicht sachgerecht.

In dem Ziel sind wir nicht auseinander; so müssen Sie auch unseren Antrag lesen. Besser als ein Verbot ist eine Lösung, die einen Interessenausgleich schafft und vielleicht sogar das Fundament für neue Möglichkeiten legt. Wir von der CSU-Fraktion möchten uns die Nutzung dieser Möglichkeiten offenhalten. Aus den Gesprächen, die zwischen beiden Seiten gerade geführt werden, entwickelt sich ein zartes Pflänzchen, das wir pflegen sollten.

Mit einem Verbotsbeschluss würden wir Teile der Wirklichkeit ausblenden - darüber habe ich schon gesprochen -, es uns zu einfach machen und möglicherweise eine Lösung verhindern, die einem fairen Interessenausgleich den Weg ebnen könnte. Unser Ansatz ist deutlich stärker zukunftsgerichtet als das, was Sie sozusagen aus der Hüfte heraus erreichen wollen.

Dabei müssen wir auch berücksichtigen, dass wir hier keine einheitliche Diskussionslinie haben. Zugegeben: Bei den Verlegern habe ich noch keinen getroffen, der sagt: "Das wäre eine prima Geschichte"; da stimmen wir überein.

Was den Hörfunkbereich und gerade auch den lokalen und regionalen TV-Bereich angeht, sieht es schon anders aus. Hier gibt es lebhafte Diskussionen, und die Frage ist doch: Gibt es am Ende ein Modell, bei dem man nicht vom Verleger über den Rundfunk bis hin zum lokalen TV sagt: Mensch, wir haben realisiert, der Gegner sitzt, was Werbebudgets anbelangt, eigentlich woanders? – Im Rahmen einer Partnerschaft versuchen wir vielleicht sogar, unsere Position hier insgesamt zu verbessern bzw. jedenfalls nachhaltiger abzustützen, als wir das jetzt mit dem schnellen, vermeintlichen Sieg erreichen könnten, der am Ende dann ein Pyrrhussieg ist, nämlich das Verbot.

Wir bitten deshalb darum, die Möglichkeit für Gespräche offenzuhalten und unserem Antrag zuzustimmen. Umgekehrt werden wir eben deshalb auch Ihre Anträge ablehnen.

(Beifall bei der CSU – Erwin Huber (CSU): Sehr gut!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich jetzt Herrn Professor Dr. Piazzolo bitte, gebe ich bekannt, dass die CSU-Fraktion zu ihrem Antrag eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Blume, mir hat sich das jetzt nicht ganz erschlossen. Ich fand dieses Argument etwas seltsam. Sie

haben gesagt: Wir haben Facebook und die ganze Online-Werbung. Diese ziehen unglaublich viel ab, und weil sie so viel abziehen, machen wir jetzt lieber gar nichts und sprechen. – Weil sie so viel abziehen, muss man gerade die Lokalen schützen. Wenn Facebook und die Online-Werbung Einnahmen abziehen, dann geschieht das am ehesten von dem Bereich, den wir hier schützen und den Sie plötzlich im Wind stehen lassen wollen. Die Kollegen haben das schon gesagt, und wir haben das letzte Mal in Bezug auf unseren Gesetzentwurf schon darüber diskutiert. Die Frage ist immer, warum man das tut. Warum tut man es, nachdem man sich vorher schon anders positioniert hat? – Es gibt eine Positionierung der CSU-Fraktion, die Sie plötzlich umgeworfen haben,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das war ein Reflex!)

kurz nachdem der ehemalige Ministerpräsident hier interveniert hat, auch zur Überraschung aller anderen Bundesländer. Insofern brauchen wir nicht herumzureden.

Es geht um knallharte Interessen, und wir brauchen auch nicht herumzureden, dass es schon länger – gerade auch in Kreisen der CSU – Pläne zur Marktbereinigung gibt, Pläne zur Konzentrierung, die so oder so schon seit langer Zeit auf dem Weg sind, sodass der regionale und lokale Rundfunk immer weniger wird. Ich habe den Eindruck, das ist bei Ihnen auch politisch opportun.

Die Frage stellt sich nur, auch bei Ihrem Dringlichkeitsantrag: Wir begrüßen, dass es Gespräche gibt. Ja, Gespräche sind immer schön und gut, nur die Gespräche gibt es erst jetzt, nachdem gerade die Verleger in den letzten Wochen enorm, enorm böse waren. Sie haben das ja ebenfalls gesagt, und Sie hatten, glaube ich, letzte Woche auch einen Termin beim Ministerpräsidenten und versuchen, ihn entsprechend zu überzeugen.

Wir haben einen eigenen Gesetzentwurf, der in die gleiche Richtung wie die Dringlichkeitsanträge mit den Nachziehern geht. Darin wollen wir den Schutz lokaler und regionaler Sender, den Schutz der Medienvielfalt sowie den Schutz vieler Jobs und den

Schutz der finanziellen Unabhängigkeit. Wir verfolgen das gleiche Ziel auf unterschiedlichen Wegen. In diesem Fall halte ich das auch für sehr gut; denn vielleicht klappt wenigstens eines: Wenn das Gesetz nicht durchgehen sollte, wie Sie schon angedeutet haben, lassen Sie sich vielleicht durch den Dringlichkeitsantrag oder durch die anderen Ministerpräsidenten überzeugen.

Die letzte Frage, die ich mir stelle, ist, Frau Staatsministerin, die Sie ja dafür mit zuständig sind, ob das auch die Politik des Wirtschaftsministeriums ist. Bislang glaube ich das eher nicht, und auch da stellt sich die Frage, ob es nicht ein kleines oberbayerisches Fait accompli gegeben hat oder vielleicht wieder einmal ein Frühstück in Wolf-Ratshausen.

(Zuruf von der CSU: Mein Gott, mein Gott!)

Hierbei ist ja schon einmal das eine oder andere herausgekommen.

(Zurufe von der CSU)

– Ich frage mich nur, ob das so ist. Es ist gleich der Aufschrei gekommen, der aber nicht sagt: Ja oder Nein.

Also, wir stimmen zu. Die Richtung stimmt, und wir geben Ihnen einfach noch einmal mit auf den Weg, darüber nachzudenken, ob Sie hier nicht einen Fehler machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte verbleiben Sie am Rednerpult, wir haben noch eine Zwischenbemerkung.

Jürgen Baumgärtner (CSU): Ich habe in der Tat nur eine Frage, Herr Kollege. Wie kommen Sie zu der Behauptung, die CSU würde eine Marktbereinigung vorbereiten?

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Es gibt eine Reihe von Plänen, die durchaus auch in der BLM diskutiert werden, inwieweit es

nicht sinnvoll wäre bzw. ob man da es nicht schafft, beim regionalen und lokalen Rundfunk und Fernsehen vielleicht nur einen Sender zu machen. Es gab bereits vor einigen Jahren die Überlegung, ob sich alle Sender wirklich halten können oder ob es nicht sinnvoll wäre, nur in jedem Regierungsbezirk einen zu haben usw. Solche Überlegungen gibt es schon seit einer ganzen Weile, und es werden zum Teil auch immer wieder Namen von Sendern "gespielt".

(Zuruf von der CSU)

– Von der CSU? Na gut, der Präsident der BLM ist kein CSU-Mitglied mehr.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Oh mein Gott, ist das billig!)

Nein, es war die Frage - -

(Zurufe von der CSU)

Ja, was heißt billig? Ich habe gesagt, auch von der CSU. Ich habe nicht gesagt, die CSU-Fraktion, und ich habe auch nicht gesagt, nur die Staatsregierung. Ich habe gedacht, dass Sie darüber hinausdenken,

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Das können sie nicht!)

dass Sie nicht nur die Fraktion und die Staatsregierung sehen, sondern dass Sie vielleicht auch noch ein paar Mitglieder haben, um die Sie sich kümmern. Insofern denke ich einfach, die CSU sind nicht nur Sie paar wenige. Aber wenn Sie das so getrennt sehen, dann trennen wir es, und ich spreche in Zukunft nur von den ungefähr 100 CSUern, die es gibt, und die anderen schwirren irgendwo draußen herum.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch für die SPD ist nun für den Dringlichkeitsantrag eine namentliche Abstimmung beantragt. Wir sind jetzt am Ende der Rednerliste, aber wir können noch nicht abstimmen, weil erst

fünf Minuten der Wartezeit vorbei sind. Ich rufe deshalb den nächsten Tagesordnungspunkt zur gemeinsamen Beratung auf und komme danach wieder darauf zurück.

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich komme jetzt zum Tagesordnungspunkt 8 zurück. Es folgen die namentlichen Abstimmungen, die wir vorhin zurückgestellt haben. Die Anträge werden jetzt natürlich wieder getrennt; das ist ganz klar. - Ich rufe zunächst den Antrag der GRÜNEN auf, den wir in einfacher Abstimmung durchziehen können. Das ist der Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6450. Wer seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU. Stimmennthalungen? – Keine Stimmennthalung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir stimmen nun über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/6433 ab. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Die Abstimmung erfolgt namentlich. Wir haben fünf Minuten Zeit. Den zweiten Dringlichkeitsantrag werde ich nachziehen. Nach den nächsten fünf Minuten haben wir dafür weitere drei Minuten. – Fünf Minuten. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 14.42 bis 14.47 Uhr)

Ich bitte einen Moment um Ihre Aufmerksamkeit, damit wir in der Tagesordnung fortfahren können. - Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/6451 abstimmen. Das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Ich eröffne jetzt die Abstimmung. Drei Minuten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemärkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben" auf Drucksache 17/6433. Mit

Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich komme zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber und anderer und Fraktion (CSU) betreffend "Regionale Werbemarkte: Medienvielfalt erhalten, neue Chancen nutzen - für eine Lösung im Konsens" auf Drucksache 17/6451. Mit Ja haben 85 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 60 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martina Fehlner, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion SPD; Für Medienvielfalt in Bayern. Regionale Werbemarkte müssen für nationale TV-Konzerne tabu bleiben (Drucksache 17/6433)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael			
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			X
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl		X	
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	

Gesamtsumme 61 85 0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.05.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber u. a. und Fraktion CSU; Regionale Werbemarkte: Medienvielfalt erhalten, neue Chancen nutzen - für eine Lösung im Konsens (Drucksache 17/6451)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse	X		
Awanger Hubert		X	
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric	X		
Dr. Bernhard Otmar	X		
Biedefeld Susann			
Blume Markus	X		
Bocklet Reinhold	X		
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
Brückner Michael			
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin		X	
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex	X		
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hüting Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina		X	
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl	X		
Füracker Albert	X		
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas		X	
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			X
Dr. Goppel Thomas		X	
Göte Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann			X
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim			
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans			X
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold			X
Hiersemann Alexandra			X
Hintersberger Johannes		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			X
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin			X
Huber Thomas			X
Dr. Hünnerkopf Otto			X
Huml Melanie			X
Imhof Hermann			X
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			X
Knoblauch Günther			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd	X		
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich		X	
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas	X		
Lotte Andreas			
Dr. Magerl Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin			
Nussel Walter	X		
Osgyan Verena			
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			
Dr. Reichhart Hans			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Büssinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			X
Straub Karl		X	
Streibl Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			X
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			X
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			X
Wild Margit			X
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			X
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 85 60 0